

Die Krise der Normalität – Corona und die Gesellschaft in der Pandemie

Thomas Linpinsel

Krisen sind allgemein Zustände der Ungewissheit. Etymologisch stammt der Krisenbegriff aus der Medizin und bezeichnet den Zustand eines schwer kranken Menschen, bei dem die Therapie ausgesetzt und der weitere Verlauf der Krankheit dem erkrankten Körper überlassen wird. Die Krise endet mit der Genesung oder dem Tod der erkrankten Person. Wie eine Krise ausgeht entzieht sich dem Fachwissen der behandelnden Mediziner*innen und folgt in ihrem Verlauf ihrer ganz eigenen jeweils spezifischen Logik. In diesem Sinne sind Krisen die Negation der organisierten, vorhersehbaren und planbaren Normalität. Krisen verweisen damit auf die Kontingenz des menschlichen Daseins und setzen in ihrem Verlauf die gültige Ordnung außer Kraft.

Eingedenk dieser Wortherkunft scheint es fast, als habe im Jahr 2020 ein Virus die Türe zum Vorzimmer der Mutter aller Krisen weit aufgestoßen und die globale Weltgesellschaft schaue wie gebannt auf die täglich aktualisierte statistische Sichtbarmachung der Virus-Krise. Hierin zeigt sich bereits, dass der gesellschaftliche Umgang mit dieser Krise gerade nicht dem oben genannten Schema der individuellen gesundheitlichen Krise folgt, sondern im Gegenteil die Politik und die Gesellschaften in kaum ge-

kannten Ausmaß mit weitreichenden Maßnahmen den Verlauf der Corona-Pandemie zu beeinflussen versuchen. Die Gesellschaften bieten alles auf, was in ihrer politischen Macht steht, um das Virus einzudämmen und die charakteristische Krankheit dieses Virus' (Covid-19) unter Kontrolle zu bringen. Streng genommen hat Corona daher gar keine gesellschaftliche Krise auslösen können, der Virus hat die Normalität ins Schwanken gebracht, gar keine Frage, aber die politischen Reaktionen auf diese virologische Herausforderung waren eben nicht, den Virus sich selbst zu überlassen und zu schauen wie die Gesellschaften dieses Planeten damit fertig werden. Stattdessen wurden die klassischen normalitätsstabilisierenden Mechanismen (Link 2013) aufgefahren, um mit diesen die Kontrolle über das Virus zurückzugewinnen. Die halbe Republik folgt der täglichen Verkündigung der diversen statistischen Kenngrößen dieser Pandemie mit einer ähnlichen Ergriffenheit und Demut, wie es sonst aus religiösen Riten bekannt ist. Innerhalb kürzester Zeit haben die Regierungen der Staaten mit den für die moderne Welt typischen Mechanismen auf die Pandemie reagiert: Die Wissenschaften wurden aktiviert, finanzpolitisch wurden diverse mehr oder weniger bekannte Maßnahmen ergriffen und die Bevölke-

rung mit Verordnungen, Gesetzen und der Polizei zum gewünschten Verhalten veranlasst. All dies lässt sich wohl kaum als Krise im Sinne einer eigenlogisch verlaufenden Krankheitsphase verstehen, hat aber mit der klassischen politisch-staatlichen Herstellung von Normalität sehr viel gemeinsam.

Allerdings hat der Coronavirus ganz offensichtlich in den letzten Monaten etwas Anderes geschafft: In der Tagespresse und den TV-Talkshows können wir ebenso regelmäßig wie die statistischen Kenngrößen der Pandemie lesen, hören und sehen, wie krisenhaft unsere alltägliche Normalität unter der Oberfläche wirklich ist. Ob unser billiges Fleisch oder unser frühsummerlicher Spargelgenuss: unser Glück auf dem Teller ist das Produkt ausbeuterischer Arbeitsbedingungen. Die virologische Definition der Risikogruppen muss, nach allem was wir bis dato wissen, dringend um eine soziale Definition ergänzt werden: Wir haben alle sehen können, wie dieser Virus die Klassengrenzen und sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft schonungslos offenlegen konnte. Während die Einen in ihren großen Häusern mit Garten im Homeoffice den Wert der Familie neu erkannten, schufteten trotz Pandemie die anderen Menschen auf den Baustellen unserer

heiligen Autobahnen, produzierten sie an den Schlachtbänken der Nation unsere Wurst oder verloren als obdachlose Menschen auch noch die Möglichkeit mal eine Nacht in einem warmen Bett zu schlafen. Krise hatten also die Menschen, die in dieser Gesellschaft ohnehin nicht die privilegiertesten Positionen besetzen, sie werden ganz im Sinne der Krise dem Virus ausgesetzt und wir schauen, was passiert. Wenn der Ministerpräsident aus Nordrheinwestfalen Armin Laschet nach dem Ausbruch des Virus unter vornehmlich osteuropäischen Arbeiter*innen in einem Schlachthof in die TV-Kameras sagt, dass es nur 16 Infektionen in der Bevölkerung gegeben hätte, manifestiert sich die exkludierende Trennung auch sprachlich unübersehbar: Auf der einen Seite die zu schützende Bevölkerung und auf der anderen Seite die offensichtlich nicht zur Bevölkerung zählenden über 1000 infizierten Arbeiter*innen in dem betreffenden Betrieb (Koester 2020). Der politisch versprochene gesundheitliche Schutz und die Aufrechterhaltung der Normalität waren von Anfang an Maßnahmen für einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Krise für die Einen und neue Normalität für die Anderen – das ist die virologisch kaum bestimmbare Realität dieser Coronakrise. Die in der Pandemie so umfassend beschworene

Solidarität war immer eine Solidarität mit spezifischen Adressaten. Wenn die Gesellschaft und die Medien jetzt diese neue Solidarität mit den alten und vorerkrankten Menschen stets als vorbildlich für die Zeit nach der Pandemie lobpreisen, ist es die wichtige Aufgabe der Soziologie auf die Fallstricke, Sackgassen und groben Ungleichheitsstrukturen dieser Solidarität zu verweisen. In unseren kapitalistischen und staatlich organisierten Gesellschaften ist es eben leichter, sich mit Menschen in einem Pflegeheim, der typischen deutschen Mittelschichtsfamilie oder den großen Konzernen und deren Geschäftspraktiken zu solidarisieren als mit den marginalisierten, ausgebeuteten und unsichtbaren Gruppen, diese blieben in der Pandemie lange schlicht im Dunklen – und wie schon Berthold Brecht wusste: Die im Dunklen sieht mensch nicht!

Diesem Schema folgend war die Pandemie von Anfang an auch ein Musterbeispiel für die hierarchieverstärkende kulturelle und politische Wirkungsmacht von Krisen. Die anfängliche Ungewissheit, Kontingenz und Unplanbarkeit einer Krise wurde hier in typischer Weise in ein organisierbares Sicherheitsversprechen transformiert. Dabei haben sich in der Corona-Pandemie sehr offensichtlich die ohnehin

legitimen Sprecher*innenpositionen in Szene setzen können. Die Definition über die Pandemie und die legitimen politischen Maßnahmen haben die Wissenschaften, vor allem die Virologie und Epidemiologie, und die Politik übernommen. Es ist nun auffällig, dass diese legitimen Sprecher*innen fast ausschließlich aus einem ausgesprochen staatsnahe Umfeld stammen: Ob als verbeamtete Professor*innen, Sprecher einer Bundesbehörde oder Personen aus dem staatlichen Verwaltungsstab: es waren und sind staatlich legitimierte Deutungsschemata, die sich in der Öffentlichkeit, den Medien und politischen Kontroversen durchsetzen und dabei andere Stimmen nicht selten zu völlig illegitimen und gefährlichen Akten der Entsolidarisierung herabwürdigen.

Von dieser Beobachtung ausgehend lässt sich die aktuelle Krisenpolitik im Anschluss an die politische Theorie des französischen Denkers Jacques Rancière auch als ein demokratischer Konflikt analysieren. Ohne jeden Zweifel haben von der Pandemie bisher in erster Linie die Staaten profitiert: Kaum ein Mensch konnte sich vor Corona auch mit viel Phantasie vorstellen, wie schnell und wie weitreichend auch heute noch Staaten das Leben der Gesellschaften reglementieren und organisieren kön-

nen. Es scheint fast so, als hätten die zahlreichen Diskurse um den Neoliberalismus den Staat als Herrschaftssystem in Vergessenheit geraten lassen. So hat sich in Deutschland auch sehr schnell eine spezifisch demokratische Sprachregelung der aktuellen Pandemiepolitik durchsetzen können. Dabei wird die demokratische Frage dieser Pandemie meist in die Richtung einer Konfrontation zwischen demokratisch-liberalen und populistischen Regierungen und Staatsapparaten aufgedrösel. In dieser Lesart stehen sich die vernünftige, weitgehend erfolgreiche und abwägende Politik demokratischer Staaten und die irrationale, gescheiterte und böswillige Politik populistischer Regierungen gegenüber. Nun ist aber ausgesprochen auffällig, wie sich noch während der Pandemie und dem staatlichen Ausnahmezustand überall auf der Welt gesellschaftliche Proteste formieren und eine ganz andere demokratische Lesart dieser Krise nahelegen.

Mit Rancières Idee einer subversiven und rebellischen Demokratie (Rancière 2011, Linpinsel 2020) lassen sich die diversen Protestereignisse als Ausdruck einer demokratischen Gesellschaft interpretieren. Wurde die Demokratie während des Kalten Kriegs meist noch in ihrer Opposition zum Totalitarismus

und dessen übergriffigen Staatsapparat legitimiert hat sich in den letzten Jahrzehnten ein neuer Legitimationsdiskurs durchsetzen können. In diesem sind die demokratischen Staaten mit einer zunehmend als unregierbar wahrgenommenen postmodernen Gesellschaft konfrontiert und die Demokratie findet als Einhegung dieser gesellschaftlichen Entwicklung Eingang in einen staatslegitimierenden Diskurs. Geschützt werden muss die Demokratie jetzt vor der Übergriffigkeit der eigenen Gesellschaft; der Feind der Demokratie wird also konsequent in das Innere der demokratischen Staaten selbst verlegt. Es ist ja augenscheinlich, dass auch der Virus, trotz der allgegenwärtigen Kampf- und Kriegsrhetorik, kaum als ein äußerer Feind erscheinen kann. Er haftet sich immer den Menschen an, er ist immer nur als Hybrid anwesend. Ein Kampf gegen das Virus kann also nur einen Kampf gegen den Feind in uns selbst sein. Trotz der vielen Versuche, das Virus in ein Außen zu verbannen, wenn beispielsweise Laschet die infizierten osteuropäischen Leiharbeiter*innen aus der Bevölkerung exkludiert oder auch die Debatten um einen Immunitätsausweis von der Idee ausgehen, dass sich feinsäuberlich zwischen Feind und Freund selektieren lassen, haben wohl auch fast alle Menschen verstanden, dass die Eindämmung der

Gefahr durch das Virus an unser alltägliches Verhalten und Handeln gebunden ist. Wir können den Krieg gewinnen und die Krise beenden, wenn wir uns nur brav die Regeln des Staates halten. In dieser Politik spiegelt sich exemplarisch der von Rancière unterstellte Zusammenhang: Der demokratische Staat muss die Handlungen der Bevölkerung möglichst weitgehend zu deren eigenem Schutz reglementieren, um diese Krise lösen zu können. Dieser pastoralen Regierungspraxis wird alles andere untergeordnet. Wie und ob just-in-time Lieferketten, wie sich die globalen Reisen der reichen Teile der Weltbevölkerung oder das geltende Arbeitsrecht auf das Infektionsgeschehen auswirken, spielt, wenn überhaupt, eine periphere Rolle; wichtig ist, dass sich die Menschen sich in ihrem privaten Verhalten an die Regeln des Staates halten.

Nun hat Rancière aber noch einen zweiten Demokratiebegriff, welcher sich explizit an einer subversiven Praxis der Gesellschaft orientiert. Demnach sind demokratische Prozesse daran zu erkennen, dass sich gesellschaftliche Gruppen, die bisher nicht gesehen oder vernommen wurden, in Szene setzen und damit nicht gehörte und vernommene Perspektiven auf soziale Konflikte ermöglichen. Von dieser Idee ausgehend

sind die aktuellen globalen Proteste demokratische Bewegungen. Denn trotz der durchaus diversen und oft sehr konkreten Anlässe für diese Proteste von den USA über Frankreich und Serbien bis nach Stuttgart und Frankfurt zeigen sich doch auch, dass alle auf die massive Ausweitung staatlicher Herrschaft in der Corona-Krise reagieren und als ohnehin in der Gesellschaft marginalisierte Gruppe die Pandemiepolitik nicht als eine erfahren wird, die die real erlebte Ungleichheit ändert, sondern diese Ungleichbehandlung mit einem neuen robusten staatlichen Legitimationsdiskurs ausgestattet wurde. Auch wenn es in den jeweils lokalen, regionalen und nationalen Protestbewegungen ohne jeden Zweifel um spezifische Missstände, wie den gesellschaftlich akzeptierten Rassismus in den USA oder die prekäre Wohn- und Lebenssituation in den französischen Vorstädten geht, ist doch ebenso offensichtlich, dass sich die aktuellen Proteste fast immer an Repräsentationen des Staates, wie der Polizei oder den staatlich und politisch geschützten Konsumzonen in unseren Innenstädten, entladen. Wir alle haben in den letzten Monaten erleben müssen, wie eine Pandemie zur gesellschaftlichen Krise gemacht werden konnte und die Krisenpolitik eine neue staatliche Normalität etabliert hat. Diese

neue Normalität ist für uns alle mit bisher unbekanntem Einschränkungen und Eingriffen in unsere Grundrechte verbunden, sie trifft die in unserem System ohnehin benachteiligten Gruppen und Menschen aber in besonderer Weise, dieser Virus macht eben nicht gleich, diese Krise ist nicht für alle gleichermaßen eine Krise. Corona kennt auch soziale Risikogruppen. Es wäre der Soziologie daher nur zu wünschen, dass sie sich jetzt mit einer Taschenlampe ausgestattet in die dunklen Ecken dieser Gesellschaft wagt und diese ausleuchtet damit sie zeigen kann, wie krisenhaft unsere ganz normale Normalität in ihrem Kern wirklich ist und wie die aktuelle Pandemiepolitik die gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten im staatlichen Handeln perpetuiert und weiter verschärft. Wir sollten in dem eingeschmissenen Schaufenster in der Stuttgarter oder Frankfurter Innenstadt nicht einfach das Resultat einer verwahten Jugend oder krimineller Akte sehen, sondern sie als Artikulationen einer demokratischen Gesellschaft ernst nehmen und soziologisch darüber nachdenken, welchen Beitrag auch diese Akte zur aktuellen Krisenpolitik leisten können.

Literatur:

Link, Jürgen (2013). Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart. Konstanz: univesty press.

Linpinsel, Thomas (2020): Das Wissen der Polizei. Vom Klassenkampf in der Theorie zur Praxis des demokratischen Schreibens; in: Gebhardt, Mareike (Hg.): Staatskritik und Radikaldemokratie. Das Denken Jacques Rancières, Baden-Baden: Nomos (i.E.)

Koester, Elsa (2020): Klasse Virus; in: Der Freitag. Die Wochenzeitung 26. Ausgabe vom 25. Juni 2020, S. 1.

Rancière, Jacques (2011): Der Hass der Demokratie. Berlin: August Verlag.